

„Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln.“

(Rosa Luxemburg)

Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie ist lediglich eine der Herrschaftsformen des Kapitals. Bei großen Krisen bildet der bürgerliche Staat jedoch autoritäre Strukturen heraus. Im Extremfall offen diktatorische und faschistische.

Die „Schuldenkrise“ in der EU hat gezeigt, wie es geht. Das große Kapital kann ohne weiteres über die EU-Institutionen seine Interessen durchsetzen. Dieser Weg führt(e) über die Agenda 2020 zum „Spar“- und „Reform“-Diktat der Troika bei Wahrung einer parlamentarischen Fassade.

Gemeinsam kämpfen

Wesentlich sind große außerparlamentarische Kämpfe um unmittelbare Interessen. Ohne eine massive Bewegung von unten wird es keine Lösung von gesellschaftlichen Problemen geben. Grundlegende Veränderungen können nur durch die Aktion der arbeitenden Klasse durchgesetzt werden.

Wir unterstützen grundsätzlich alle Forderungen, die die Lebenslage der abhängig Beschäftigten und anderer unterdrückter Schichten verbessern. Wir beschränken uns dabei keineswegs auf das, was innerhalb des Kapitalismus als „machbar“ oder „realistisch“ angesehen wird.

Aus diesem Blickwinkel sehen wir auch die bevorstehende Bundestagswahl.

Bei ihr kommt es nicht nur darauf an, sich gegen den Einzug der zunehmend braun gefärbten AfD in den Bundestag zu wehren. Es geht vielmehr darum, den prokapitalistischen, neoliberalen Kräften insgesamt entgegenzutreten. Es reicht jedoch nicht aus, diesen auf dem Stimmzettel eine Abfuhr zu erteilen.

Wo die Partei DIE LINKE (PDL) mitregiert, wird sie ihrem Anspruch nicht gerecht, für die Interessen der Beschäftigten und Ausgegrenzten einzustehen.

Bei der Bundestagswahl wählen wir zwar die PDL. Einerseits, weil sie nach wie vor fortschrittliche Positionen vertritt. Andererseits, weil sie Forderungen der Lohnabhängigen und aller Unterdrückten gegen den Kapitalismus formuliert.

Wir suchen aber zudem die Zusammenarbeit mit den antikapitalistischen Kräften innerhalb und außerhalb der PDL, für die die außerparlamentarische Opposition im Vordergrund steht. So können wir besser dagegen ankämpfen, dass DIE LINKE zu einer weiteren etablierten Partei im Dienst des Kapitals wird.

Gegen Kapitalismus

Linke, sozialistische Politik darf sich nicht auf parlamentarische Ebenen beschränken. Schon gar nicht darf sie in Koalitionsregierungen das Elend des neoliberalen Kapitalismus „gestalten“ oder verwalten.

So wird sie weder in der Lage sein, den Rassismus zu bekämpfen noch für die große Mehrheit eine grundlegende Wende zum Besseren einzuleiten. Bestenfalls sorgt sie damit dafür, dass sich weitere Wählerschichten von Politik abwenden. Schlimmstenfalls profitieren davon die AfD und das gesamte neoliberale Lager.

Linke, sozialistische Politik muss vor Ort praktisch wirksam und erfahrbar werden. Wir treten deshalb - wo immer möglich gemeinsam mit vielen anderen - konsequent gegen den Kapitalismus und seine verheerende Logik ein. Die politischen, sozialen und ökologischen Interessen unserer Klasse und unseres sozialen Lagers sind der Maßstab unseres Handelns.

Für Solidarität

Wir treten deshalb insbesondere ein für die universelle Geltung und Verteidigung gleicher politischer und sozialer Rechte für alle und damit für die wirksame Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung.

Diese Perspektive erfordert die gesellschaftliche Kontrolle großer Konzerne, eine radikale Umverteilung des Reichtums von oben nach unten sowie den Stopp und die Rücknahme von Privatisierungen.

Notwendig ist ferner die Einführung eines sanktionsfreien Existenzminimums, die spürbare Anhebung des Mindestlohns, das Verbot prekärer Beschäftigung, das Verbot von Entlassungen und eine drastische Arbeitszeitverkürzung.

Zudem stehen der gesellschaftlich geplante und kontrollierte Ausbau der ruinierten Infrastruktur sowie der Umbau der Autoindustrie und des Energiesektors (100 % „Erneuerbare“ und massive Energieeinsparungen) an.

Nicht zuletzt müssen unsere Menschenrechte gesichert werden. Durch den Abbau des Überwachungsstaates, die Demokratisierung der Medien, durch offene Grenzen für Menschen und nicht zuletzt den Einsatz für ein Europa des Friedens, der Solidarität und der Demokratie.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Internationale Sozialistische Organisation (ISO) / IV. Internationale

**ISO Rhein-Neckar, PF 10 26 10, 68026 MA, Tel./Fax: 0621/156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de, Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de**